

Foodwatch wirft den Lebensmittelherstellern „dreistes Greenwashing“ vor

Klimaneutral heißt nicht klimafreundlich

VON JOHANNA APEL (RND)

Berlin. Wenn die Milch im Supermarkt angeblich klimaneutral ist, klingt das erst einmal gut. Beim Einkauf direkt etwas fürs Klima tun – was kann schon dagegen sprechen? Ziemlich viel, findet die Verbraucherorganisation Foodwatch, die ein Verbot von „irreführender Klimawerbung“ fordert.

Denn Begriffe wie „CO₂-neutral“ oder „klimapositiv“ würden nichts darüber aussagen, wie klimafreundlich ein Produkt tatsächlich sei. Eine Recherche habe gezeigt, dass Hersteller nicht einmal ihren Treibhausgasausstoß reduzieren müssten, um Lebensmittel als klimafreundlich zu vermarkten. „Stattdessen könnten sich selbst Hersteller unökologischer Produkte mit dem Kauf von CO₂-Gutschriften fragwürdiger Klimaprojekte ganz einfach klimafreundlich rechnen“, heißt es bei Foodwatch. Die Label sagen nichts über das Produkt selbst aus, sondern sind oft dem Kauf von CO₂-Zertifikaten aus Klimaschutzprojekten zu verdanken – deren Wirkung auf das Klima nicht selten umstritten ist.

Werbeverbot gefordert

Wenn Lebensmittel wie Rindfleisch als klimaneutral beworben werden könnten, habe das sogar einen gegenteiligen Effekt. „Das kann dem Klima sogar mehr schaden als nützen, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher ausgerechnet zu solchen Produkten greifen“, sagte Manuel Wiedmann von Foodwatch bei der Vorstellung des Reports „Der große Klima-Fake“.

Darin nennt Foodwatch auch Beispiele. Mineralwasser von Volvic etwa, das als „klimaneutral“ beworben wird, obwohl es in Einweg-Plastikflaschen aus Frankreich

importiert wird. Hipp vermarkte seinen Babybrei mit Rindfleisch als „klimapositiv“. Das sei „dreistes Greenwashing“, kritisiert Foodwatch – Rindfleisch könne nicht positiv fürs Klima sein. Auch ein Mangosaft von Granini stößt auf Kritik, denn um die „CO₂ -Neutralität“ zu erhalten, werde nur das Abfüllen kompensiert, der Anbau der Früchte und der Transport nach Deutschland jedoch nicht betrachtet. Foodwatch fordert deshalb von Ernährungsminister Cem Özdemir (Grüne), sich in Brüssel für ein Verbot von irreführender Umweltwerbung einzusetzen.